

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Alle Teilmengen nehmen die Anzeiger...
Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Verantwortlich: Die Verlagsredaktion...
Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auz. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 118

Freitag, den 24. Mai 1929

24. Jahrgang

Die deutsche Delegation uneinig

Dr. Vögler als Sachverständiger zurückgetreten

Die in unterrichteten Kreisen verlautet, hat Dr. Vögler heute vormittag seinen Rücktritt als Sachverständiger bei der Pariser Reparationskonferenz erklärt. Es wird angenommen, daß Dr. Kauff sein Nachfolger werden wird.

Die "Germania" (Str.) schrieb zu dem erwarteten Rücktritt Dr. Vöglers: Dieses Ereignis ist als ein ernstes Symptom für die Entwicklung der Reparationsverhandlungen zu werten und insbesondere für den Stand, den sie jetzt erreicht haben. Alle Stellen in Deutschland, amtliche wie nichtamtliche, verfolgen die Pariser Vorgänge mit immer wachsender Befürchtung, die durch den Inhalt des Gläubigermemorandums weiter erheblich gesteigert wird. Das letzte Wort ist zwar noch nicht gesprochen. In ihrer jetzigen Form aber kann die deutsche Delegation die Vorschläge der Gläubiger schwerlich annehmen.

Der Dr. & der Schwerindustrie

Zu den Meinungsverschiedenheiten innerhalb der deutschen Delegation teilt die "Völkische Zeitung" noch mit, daß auf Dr. Vögler von schwerindustrieller Seite in den letzten Wochen der stärkste Druck ausgeübt worden sei. Bei der Besprechung auf der Villa Hügel in Essen, die bei der Abwesenheit Dr. Schachts und Vöglers im Ruhrgebiet vor zehn Tagen stattgefunden habe, hätten sich vor allem Dr. Fritz Thyssen und Alfred Hirsdorf aufs Stärkste bemüht, auf Dr. Vögler einzuwirken, während Krupp von Bohlen und Halbach bemüht gewesen sei, eine Einigung herbeizuführen. Wenn jetzt die Argumente der schwerindustriellen Gruppe dazu beitragen, Vögler zum Rücktritt aus der Delegation zu bewegen, so könne ein solcher Schritt weniger aus der eigenen Überzeugung dieser rüstigen und verständigen Vorstellern stets jugendlichen Mannes erklärt werden, als durch einen ungeheuerlichen Druck sozialer und gesellschaftlicher Natur.

Krisis in Paris

Die Finanzsachverständigen der Gläubigerstaaten haben sich wieder einmal als „geniale Rechenkünstler“ entpuppt, da sie sich auf Kosten der Deutschen einigten. Die Zustimmung Dr. Schachts zu dem Reparationsplan Owen Youngs war an die Bedingung geknüpft, daß die deutschen Vorbehalte, die äußerst vorsichtig formuliert waren, auch von der Gegenseite anerkannt werden. Diese Anerkennung ist nicht erfolgt, denn die Finanzsachverständigen der Gläubigerstaaten lehnten die beiden deutschen Vorbehalte ab, von denen der eine sich auf eine mögliche Einstellung der deutschen Zahlungen und der andere auf die Heranziehung der Nachfolgestaaten für Reparationsleistungen erstreckte.

Außerdem machten sich diese Sachverständigen die belgischen Mark-Forderungen zu eigen. Das Deutsche Reich soll zu diesem Zweck eine Sonderleistung vollbringen, nämlich die Vorauszahlung eines Kapitals in der Höhe von 800 bis 700 Millionen MM bis zum 1. April 1930. Gerade jetzt, wo die Kassensituation des Reiches besonders trostlos ist, die Durchführung des Dawesplanes aufs äußerste gefährdet ist und eine Herabsetzung der Daweslasten jedem objektiven Finanzsachverständigen der Welt geboten erscheinen muß, soll der Dawesplan in seiner ganzen Strenge aufrechterhalten bleiben. Aus politischen Gründen, um die Forderungen der Belgier und die Mehrforderungen der Franzosen und Italiener zu befriedigen!

Der wohlunterrichtete Berichterstatter der "Londoner Times" steht der Stellungnahme der deutschen Sachverständigen mit nicht geringer Besorgnis entgegen, da er befürchtet, daß die Vorschläge der Gläubigerfachverständigen von Dr. Schacht abgelehnt werden könnten. Die Lage der deutschen Delegation ist fraglos eine sehr prekäre. Der zweite deutsche Vertreter, Dr. Vögler, lehnte nach den Essener Besprechungen nicht mehr nach Paris zurück und überließ die Verantwortung für den weiteren Verlauf der Verhandlungen Dr. Schacht und Dr. Kauff. In Berliner Dank und Botschaften wurde der zehntägige Aufenthalt Dr. Vöglers in Dortmund lebhaft erörtert. Man rechnete vielfach mit dem jetzt erfolgten Ausscheiden Dr. Vöglers aus der deutschen Delegation.

Wie ernst die Lage in Berlin beurteilt wird, ergibt sich aus der Rückkehr Dr. Stresemanns nach Berlin, aus den Kabinettsitzungen der letzten Tage und aus der Tatsache, daß Reichskanzler Müller und Reichsaußenminister Dr. Stresemann am Mittwoch dem Reichspräsidenten Bericht erstatteten. Wieder einmal hat sich der Konferenzverlauf in Paris kritisch zugespitzt.

Die Antwort der Alliierten

Wie die Agentur Havas mitteilt, sind der von Sir Josiah Stamp ausgearbeitete, für die Regierungen bestimmte Bericht und das Memorandum der Gläubigerdelegationen gestern mittag dem Reichsbrandpräsidenten Dr. Schacht übergeben worden. Auf der Grundlage dieses Memorandums, das sowohl die alliierten Vorbehalte enthält wie auch die Formeln, die die Alliierten Dr. Schacht zwecks Abfassung seiner Referenzen vorschlagen, so heißt es in der Havasausfassung weiter, erklären sich die Gläubigermächte bereit anzunehmen:

1. die Durchschnittsjahreszahlung von 2050 Millionen Mark, wie sie Young für die Reparationen und für die Schulden während der 37 ersten Jahre vorgeschlagen habe;
2. die Bezahlung der Kriegsschulden während der letzten 22 Jahre;
3. außerdem würde den Belgiern hinsichtlich der deutschen Besetzung ausgegebenen Markbanknoten Bezahlung gewährt werden;
4. schließlich würden, unabhängig von der Kapitalbeschaffung zur Errichtung der Bank für internationale Zahlungen, diesem System hinreichend während der deutschen Besetzung ausgegebenen Markbanknoten Bezahlung gewährt werden.

Man sehe, so heißt es in der Havasmeldung weiter, daß das von den Alliierten vorgeschlagene System hinsichtlich des bestimmten Wertes das gleiche sei wie das in dem Memorandum Young enthaltene, da es zwar innerhalb des Rahmens einer Durchschnittssumme von 2050 Millionen Mark bleibe, aber genau die Schulden decke und einen vollständigen Restbetrag für die Reparationen erbringe. Das Dokument der Gläubiger sehe jedoch vor, daß die Zahlungen nicht in einer regelmäßigen Folge von jährlich 25 Millionen Mark ansteigen, wie in dem Youngschen System vorgesehen, sondern daß praktisch gesehen die eine Annuität über die andere unter der Zinsannuität liegen würde. Die rückständigen Schulden würden dabei nicht in vollständiger Weise steigen. Nun müsse aber der Teil der Annuität, der den zu mobilisierenden Restbetrag darstelle, ein bestimmter sein, damit auf diese Weise die Mobilisierung erleichtert werde. Deshalb, also um einen Ausgleich herzustellen, habe das Memorandum der Gläubiger vor, daß im ersten Jahr (für das die Schulden bereits gezahlt seien) und für das dritte Jahr sowie für die letzten 17 Jahre die Annuitäten niedriger sein würden als die Durchschnittssumme von 2050. Die Annuitäten würden jedoch höher sein in den anderen Jahren.

Außerdem sehe das alliierte Dokument vor, daß der Plan Young vom 1. April 1929 bis zum 31. März 1930 Geltung habe, und zwar hinsichtlich der Reparationen und der Schulden, während hinsichtlich der Schulden allein Deutschland erst nach diesem letztgenannten Zeitpunkt Zahlungen zu leisten haben würde.

Die deutschen Vorbehalte teils angenommen, teils abgelehnt

Die gestern nachmittag von der Havasagentur ausgegebene Meldung über die von den Gläubigerdelegationen der deutschen Delegation unterbreitete Antwort, die keinerlei ultimativen Charakter hat, gibt den Inhalt in den Hauptpunkten richtig wieder. Was die Zifferntage anlangt, so bedarf es noch einer mündlichen Aussprache zwischen den Deutschen und den alliierten Sachverständigen zur Klärung über die Zusammenfassung der Jahreszahlungen nach den einzelnen von ihr umfaßten Forderungen. Heute um 10 Uhr 30 fand die erste Besprechung der deutschen Delegierten mit dem Vorsitzenden der Reparationskonferenz, Owen Young, statt.

Ueber den Stand der Frage der deutschen Vorbehalte

läßt sich folgendes sagen: Nach der Antwort der Gläubigerdelegationen dürfen als angenommen gelten:

- Die Sicherheitsklausel mit einer leichten redaktionellen Änderung.
- Die sogenannte politische Klausel, die besagt, daß die in Aussicht genommene Regelung der Reparationsfrage nicht nur nach rein wirtschaftlichen sondern auch nach politischen Gesichtspunkten erfolgt.
- Die sogenannte Klausel der gesellschaftlichen Verantwortung, die festlegt, daß zur Durchführung des neuen Reparationsplanes das Zusammenwirken sämtlicher beteiligten Länder erforderlich ist.
- Eine Bestimmung, daß durch den neuen Plan alle bisher getroffenen Abkommen über deutsche Zahlungsverpflichtungen abgelehnt werden, worunter nach deutscher Ansicht auch die belgische Forderung auf Rückerstattung der ausgegebenen Markbanknoten einbezogen ist.
- Die Bestimmung, daß sämtliche Diskriminierungen deutscher Firmen auf politischem, wirtschaftlichem, persönlichem und auf dem Gebiet des gemeinlichen Rechtsschutzes fortfallen.

Der umgeschickte Teil der Zahlungen, der nach dem Blame Youngs mit 700 Millionen Mark jährlich begann und im Laufe von 18 Jahren auf eine Milliarde ansteigen sollte, und der von der deutschen Delegation auf eine feste Jahreszahlung von rund 800 Millionen festgelegt worden war, ist in der Antwort der Gläubigerdelegationen folgendermaßen fixiert: Es sollen gezahlt werden 800 Millionen Mark jährlich während fünf Jah-

ren, von da ab soll jedes zweite Jahr dieser Betrag um 25 Millionen erhöht werden bis zum Höchstbetrage von 900 Millionen, die im 20. Jahre erreicht werden würden.

Die weiteren der Aussprache außerdem noch unterliegenden Punkte sind:

- Die Frage der Gewinne der internationalen Bank.
- Die Frage der Heranziehung der Nachfolgestaaten zur Aufbringung der von den Gläubigern geforderten letzten 21 Annuitäten.
- Die Frage der Zuzahlungen für die internationale Bank.
- Recoverv-Act.

Ueber das von den deutschen Sachverständigen geforderte Moratorium der zweiten Aufbringung verlautet in der Antwort nichts, so daß daraus auf eine Ablehnung geschlossen werden muß. Weiterhin wird ausdrücklich abgelehnt die deutsche Forderung auf völlige Freigabe der Eisenbahnen. Es werden im Gegenteil die Eisenbahnmobilisationen beibehalten, wenn sie auch auf die zweite Stelle gerückt werden.

Die alliierten Sachverständigenzahlen

Die Agentur Havas veröffentlicht eine ergänzende Inhaltsangabe über das alliierte Memorandum. Es ergibt sich daraus noch, daß die Gesamtheit der von Deutschland unter Zugrundelegung einer alliiertseits geforderten Zahlungsperiode von 60 Jahren geforderten Jahreszahlungen bei einem Zinssatz von 5% Prozent sich auf rund 37 Milliarden Mark beläuft. Diese Summe zerfällt in zwei Teile:

1. Die Forderung während der ersten 37 Jahre beläuft sich auf 32 900 Millionen Mark, die Durchschnittssumme beträgt 1 988 000 000 Mark. Die in diesem Abschnitt genannte Gesamtsumme von 32 900 Millionen Mark zerfällt in zwei Teile, nämlich 20 600 Millionen Mark für die Kriegsschulden der Alliierten und 12 300 Millionen Mark für die Reparationen im eigentlichen Sinne. Der mobilisierbare Teil soll, in Kapitalwert ausgedrückt, 11 Milliarden Mark betragen, während er im Memorandum Owen Youngs mit 15 Milliarden Mark eingeschätzt war.
2. Für die Periode der letzten 22 Jahre soll die deutsche Schuld auf 2900 Millionen Mark Gegenwert durch festgesetzt werden, zusätzlich 1 100 Millionen Mark für den Zinsdienst des Dawesplanes. Die Annuität dieses Teiles (die Periode der letzten 22 Jahre) soll mit 1 500 Millionen Mark einfallen, auf 1 700 Millionen Mark steigen und in den letzten drei Jahren auf 900 Millionen Mark zurückgehen.

Außerdem weiß Havas zu berichten, daß in dem alliierten Memorandum der Zeitpunkt des Aufhebens des Dawesplanes und die Aufhebung der Kontrollmaßnahmen vorbehalten bleiben. Die Beurteilung der Restriktionsklausel soll der Bank für internationale Zahlungen anheimgestellt werden. Die Garantie der Industrieobligationen soll aufgehoben, die der Eisenbahn aufrechterhalten werden, jedoch so, daß die Eisenbahn eigene Anleihen zur Förderung ihres Betriebes aufnehmen kann. Die Frage der Heranziehung der Nachfolgestaaten zur Aufbringung der von den Gläubigern geforderten Beträge soll wegen ihres politischen Charakters an die Regierungen verwiesen werden.

Für die nächste Aussprache soll die Frage vorbehalten werden, inwieweit Deutschland eine eventuelle Veränderung der internationalen Schulden zugute kommen würde.

Die Agentur Havas schließt diese ergänzende Inhaltsangabe mit der Bemerkung, daß die in dem Memorandum enthaltenen alliierten Forderungen, abgesehen von Einzeländerungen, anscheinend die Grenze der Zugeständnisse darstellen sollen.

Die Saisonarbeiterfrage bei der Arbeitslosenversicherung

Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat sich, wie der "Demokratische Zeitungsdienst" mitteilt, in einer Sitzung am Mittwoch erneut mit der Frage der Arbeitslosenversicherungsreform befaßt. Bei den Beratungen spielte insbesondere die Saisonarbeiterfrage eine Rolle, und es wurden die bisherigen Erfahrungen eingehend erörtert.

Von verschiedenen Seiten wurde bei den Beratungen darauf hingewiesen, daß die Vorschläge, die Saisonarbeiter ganz aus der Arbeitslosenversicherung herauszunehmen, abgelehnt werden müßten, da sonst die Saisonarbeiter zu einem sehr großen Teil der Wohlfahrtspflege anheim fielen. Es wurde weiter darauf aufmerksam gemacht, daß eine ungünstige Behandlung der Saisonarbeiter eine Flucht aus diesen Berufen zur Folge haben würde. Es sei aber insbesondere für die Landwirtschaft, die schon ohnehin mit Arbeiterkürzungen zu kämpfen habe, eine weitere Verringerung der Arbeitskräfte nicht tragbar.

Dr. Wend für...
Ort. Wend für...
den Arm aus...
die uralte Fre...
adition, die Hn...
e zu machen...
t Außerordnen...
Fränkeln Bolo...
schrieb Herr...
en, um eine...
chten...
reine Aue...
im Waldent...
Berein muß...
dnung: Wahr...
J.: Linder...
Erzgebirge...
den 26. Mai...
um betr. 2...
zu Punkt 1...
von Vikto...
zu Punkt 2...
B. W. Alce...
B. Wittgebe...
er, Georgi...
Sonntag...
denial...
Heil-Ber...
4. Jugend...
Vorständen...
plötzlich...
hzeitig geb...
auf tag am...
Sachsenf...
sa-Blickb...
19 veröffent...
aufmerksam...
Entrechung...
an die Er...
erinnert...
ungelder für...
a Bernsch...
O, Olympia...
ante Verträge...
Da unfer...
men, wollen...
und Jugend...
gesellschaft...
Belgustiger...
genaue W...
Der Meider...
r, Georgi...